
5448/AB XXIV. GP

Eingelangt am 20.07.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bundeskanzler

Anfragebeantwortung

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien
GZ: BKA-353.110/0118-I/4/2010

Wien, am 20. Juli 2010

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Brosz, Freundinnen und Freunde haben am 28. Mai 2010 unter der **Nr. 5536/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Meinungsforschungsaktivitäten des Ministeriums seit 2006 gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

- *Welche Aufträge für Meinungsforschungen (repräsentative Umfragen, Onlinebefragungen, focus groups, Tiefeninterviews, dial groups, andere Methoden) hat ihr Ministerium seit dem Beginn des Jahres 2006 in Auftrag gegeben?*
- *Um welche Aufträge hat es sich dabei im Einzelnen gehandelt? (Bitte auflisten und die folgenden Fragen einzeln beantworten)*
- *Welche Meinungsforschungsmethode wurde dabei angewendet?*
- *Wann und an wen wurde der Auftrag vergeben?*
- *Wurde dieser Vertrag ausgeschrieben*
 - a) *Wenn nein, warum nicht?*
 - b) *Wenn ja; erhielt der günstigste Anbieter den Auftrag.*
 - c) *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wie hoch waren die Kosten für die Erhebung?*

Im Februar 2006 wurde eine Befragung zu „Europa-Themen - 999 questions“ an das FESSEL-GfK Institut für Marktforschung GmbH in Form einer Internet-Umfrage vergeben. Die Kosten für die Erhebung betragen € 18.100,-- exkl. MwSt.

Im April 2009 wurde unter Federführung des Bundeskanzleramtes gemeinsam mit dem Sozial- und Wirtschaftsministerium unter dem Titel „EU Lehrlings-Dialog“ ein Umfrage-Dialog-Projekt zur aktiven Befassung mit dem Thema EU in Auftrag gegeben. Die Dialog-Umfrage wurde online mittels Fragebogen durchgeführt. Die Inhalte der Umfrage wurden von der Firma euroSEARCH dialog gemeinsam mit dem BKA/BMASK/BMWJF erarbeitet. An der Umfrage, die von 29.04.2009 bis 21.05.2009 durchgeführt wurde, nahmen über 5.300 Lehrling aus ganz Österreich teil.

Der Umfrage lag ein online-Fragebogen zugrunde, welcher über die Plattform www.zukunfteuropa.at erreichbar war (und immer noch ist). Die Einladung zur Teilnahme erfolgte über eine Briefaussendung an rd. 40.000 österreichische Lehrbetriebe. Die Lehrlingsbeauftragten der Unternehmen wurden um Mithilfe ersucht, indem sie die Information bzw. Einladung zur Teilnahme an der Umfrage an die Lehrlinge des Betriebes weiterleiteten.

Der Auftrag wurde im März 2009 an die Firma euroSEARCH dialog GmbH, Agentur für Dialogmanagement vergeben. Die Kosten für die Erhebung betragen € 35.000,-- exkl. MwSt.

Es wurden keine Ausschreibungen durchgeführt, da die Kosten unter dem Schwellenwert gemäß gem. § 41, Abs.2, Zif. 1 BVergG 2006 lagen.

Zur Onlinebefragung „Ressortinterne Vorgesetztenbeurteilung“ verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5539/J durch den Herrn Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

Zu Frage 7:

➤ *Wie lauteten die genauen Fragestellungen?*

Der Fragenkatalog zur FESSEL-Umfrage ist aus der Anlage ersichtlich.

Der Fragebogen zum Thema „EU-Lehrlings Dialog „beinhaltete 19 Fragen zu verschiedenen Aspekten rund um das Thema „Europäische Union“. Die Fragen wurden themenweise zu folgenden Kapiteln zusammengefasst:

- Jugend in Europa
- Ihr Gefühl
- Lehrlinge in der EU
- Jugend in der EU
- Arbeit in der EU
- EU und Umwelt
- Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft
- Gemeinsam in Europa
- EU-Wahl
- EU-Wahl am 7.Juni
- Statistische Angaben

Fragenkatalog „Ihre Meinung zu Europa“

1. Bei den folgenden Fragen handelt es sich keinesfalls um ein Wissensquiz – zu Beginn wollen wir Sie jedoch einladen, eine Wissensfrage zu beantworten – die Auflösung finden Sie am Ende des Fragebogens! Rund um Österreich gibt es zu den Nachbarländern keine Grenzkontrollen mehr. Braucht man damit auch keinen Ausweis innerhalb der EU mehr, welche der folgenden Aussagen ist richtig?
2. JUGEND IN EUROPA: Ganz allgemein - ist die Zukunft der jungen Menschen in einem gemeinsamen Europa Ihrer Meinung nach besser gesichert, als wenn jedes Land alles alleine regelt?
3. IHR GEFÜHL: Wenn Sie jemand fragt, ob Sie sich als Europäer/in fühlen, was antworten Sie da?
4. LEHRLINGE IN DER EU: Für Lehrlinge gibt es die Möglichkeit im Rahmen der Ausbildung geförderte Auslandspraktika in den EU-Ländern zu absolvieren. Haben Sie von dieser Möglichkeit gewusst?
- 5 Ist so was für Sie interessant?
6. JUGEND IN DER EU: Besonders für junge Menschen bietet die EU verschiedene Initiativen und Förderprogramme zum Austausch zwischen Jugendlichen aus verschiedenen europäischen Ländern an, z.B. EU-Freiwilligendienst im Sozial-, Kultur- oder Umweltbereich. Haben Sie gewusst, dass es solche Programme gibt?
7. Sind solche Programme für Sie interessant?
8. ARBEITEN IN DER EU: Wenn Sie an die Zeit nach Ihrer Lehre denken – wie schätzen Sie Ihre Berufschancen ein, weil Österreich EU-Mitglied ist? Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu? (Mehrfachantworten möglich)

- Durch die EU gibt es in Österreich mehr und bessere Jobs
- Ich glaube nicht, dass meine Berufschancen besser sind
- Ich kann jetzt überall in der EU leben und arbeiten
- Meine Ausbildung ist auch in anderen EU-Ländern gefragt
- Der Konkurrenzkampf um gute Arbeitsplätze wird härter, weil auch Ausländerinnen und Ausländer sich bewerben können
- Ohne Fremdsprache wird es schwierig sein, im EU-Ausland einen guten Job zu finden
- Die Möglichkeit, eine Zeit lang in einem anderen EU-Land zu arbeiten und Erfahrungen zu sammeln, würde ich gerne nutzen
- In einem anderen EU-Land zu arbeiten kommt für mich nicht in Frage - da bin ich lieber arbeitslos

9. EU UND UMWELT: In der EU stellt Umweltschutz zum Erhalt der Lebensqualität ein zentrales Thema dar. Angesichts des Klimawandels tritt die EU für strenge Umweltschutznormen ein. Sind Sie der Meinung, dass es zu den folgenden Bereichen strengere Vorschriften geben sollte?

Klimawandel

Verminderung des CO₂ Ausstoßes - Umsetzung von weltweiten Klimaschutzmaßnahmen wie z.B. Kyoto-Protokoll - bessere Wärmedämmung bei Gebäuden - sparsamere Autos - etc.

Naturschutz

Schutz von bestimmten Tier- und Pflanzenarten - Schutz und Erhaltung von Landschaften –etc.

Gesundheit

gezielte Vorsorge, z.B. bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen – weniger Luftverschmutzung, z.B. durch Feinstaub – Lärmschutz, besonders in der Stadt -Verbot von Giftmitteln zur Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft - etc.

Wasserpolitik

Sicherung der Trinkwasserqualität - sorgsamer Umgang mit Wasser - Vermeidung von Meeresverschmutzung - etc.

Ressourcenverbrauch

Einschränkung des Verbrauchs von fossilen Brennstoffen wie z.B. Erdöl, Erdgas und Kohle -stattdessen vermehrt erneuerbare Energie wie z.B. Sonnen- und Windenergie einsetzen – etc.

Abfallwirtschaft

Abfallvermeidung – Mülltrennung – Wiederverwertung - etc.

10. AUSWIRKUNGEN DER EU-MITGLIEDSCHAFT: Ohne EU hätte es in Österreich wahrscheinlich viele Veränderungen nicht gegeben. Welche der folgenden Auswirkungen sind Ihnen bekannt?

- Größere Auswahl an Lebensmitteln und Produkten
- Banküberweisungen innerhalb der EU können zu Inlandskonditionen durchgeführt werden

- Die Gewährleistungspflicht (dh. Der Verkäufer haftet für Mängel) wurde von 6 Monate auf 2 Jahre angehoben
- Niedrigere Roaming Gebühren beim Telefonieren im Ausland
- Keine Kosten für Geldwechsell im Urlaub durch den EURO, kein Risiko durch Wechselkurse Geld zu verlieren
- Bessere/einheitliche Kennzeichnung von Lebensmitteln (z.B. müssen gentechnisch veränderte Produkte gekennzeichnet sein)
- Liberalisierung von Monopolen, z.B. Strom und Gas – dadurch gibt es mehr Anbieter und mehr Angebote 1726 2856 4582
- Strengerer Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten beim Kauf über Versandhandel/Internet/Telefon-Marketing (man kann innerhalb von 7 Tagen zurücktreten)

11. GEMEINSAM IN EUROPA: Es gibt viele Aufgaben, die auf uns zukommen und europaweit gelöst werden müssen. Welche Themen sind für Sie besonders wichtig?

12. EU-WAHL: Wie gut fühlen Sie sich eigentlich über die bevorstehende Europa Wahl am 7. Juni informiert?

13. Erstmals dürfen am 7. Juni auch Wählerinnen und Wähler ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben. Haben Sie vor, wählen zu gehen?

14. EU-WAHL AM 7. JUNI: Warum gehen Sie zur Wahl?

15. EU-WAHL AM 7. JUNI: Warum gehen Sie nicht zur Wahl?

statistische Angaben:

16. Ihr Geschlecht:

17. Ihr Alter:

18. In welchem Bundesland wohnen Sie?

19. In welcher Branche machen Sie Ihre Lehre?

Zu Frage 8:

➤ *Wurde die politische Präferenz der Befragten (Sonntagsfrage bzw. welche Partei) abgefragt?*

Wenn ja, mit welcher Begründung?

Zum Thema „Europa-Themen - 999 questions“:

Die politische Präferenz wurde abgefragt – siehe auch blg. Fragenkatalog. Die diesbezüglichen Fragen wurde vom Kabinett des damaligen BK Dr. Schüssel vorgegeben.

Zum Thema „EU Lehrlings-Dialog“:

Die politische Präferenz der Befragten wurde nicht erhoben; der Auftraggeber hat die Daten anonymisiert erhalten.

Zu den Fragen 9 bis 13:

- *Wurden die Ergebnisse der Befragung der Öffentlichkeit präsentiert?
a) Wenn ja, in welcher Form?
b) Wenn nein, warum nicht?*
- *Wurden die detaillierten Ergebnisse auch allgemein (Also nicht nur in Form von Pressekonferenzen bzw. Pressemitteilungen) zugänglich gemacht?
Wenn ja, in welcher Form?*
- *Wurden die Ergebnisse der Umfrage vollständig veröffentlicht?
Wenn ja, in welcher Form?*
- *Wurden die Ergebnisse auf Ihrer Homepage veröffentlicht?
Wenn ja, bitte den entsprechenden link angeben, um die Beantwortung der Anfrage so kurz wie notwendig halten zu können.*
- *Sofern die Ergebnisse nicht vollständig auf Ihrer Homepage veröffentlicht wurden, wie lauten die vollständigen Ergebnisse zu den jeweiligen Fragen?*

Zum Thema „Europa-Themen - 999 questions“

Die Ergebnisse der Umfrage wurden dem Kabinett des damaligen BK Dr. Schüssel übermittelt. Inwieweit diese der Öffentlichkeit präsentiert bzw. allgemein zugänglich gemacht bzw. veröffentlicht wurden, kann nicht eruiert werden.

Die Ergebnisse der Umfrage sind aus der Beilage ersichtlich.

Zum Thema „EU Lehrlings-Dialog“:

Ein Ergebnisreport mit grafischer und tabellarischer Auswertung der Fragestellungen wurde dem BKA/BMASK/BMWJF in elektronischer Form zur weiteren Verwendung übergeben. Weiters wurden die Ergebnisse an interessierte Umfrageteilnehmer bzw. Lehrlingsverantwortliche zugesandt und entsprechende Medienkontakte zu den großen Tages- und Wochenzeitungen gepflegt (Presseaussendung über Medienverteiler des Bundespressdienstes und OTS).

Die detaillierten und vollständigen Ergebnisse der Umfrage wurden überdies auf www.zukunfteuropa.at veröffentlicht.

Zu Frage 14:

- *Sind Sie bereit auch die Tabellenbände der Umfrage öffentlich zugänglich zu machen? Wenn nein, warum nicht?*

Zum Thema „Europa-Themen - 999 questions“

Ja.

Zum Thema „EU Lehrlings-Dialog“:

Ein Ergebnisband ist vorhanden und online unter www.zukunfteuropa.at abrufbar.

Zu den Fragen 15 bis 28:

- *An welchen Aufträgen für Markt- bzw. Meinungsforschungen, die von anderen in Auftrag gegeben wurden (repräsentative Umfragen, Onlinebefragungen, focus groups, Tiefeninterviews, dial groups, andere Methoden), hat sich Ihr Ministerium seit dem Jahr 2006 finanziell beteiligt?*
- *Um welche Aufträge hat es sich dabei im Einzelnen gehandelt? (Bitte auflisten und die folgenden Fragen einzeln beantworten)*
- *Welche Meinungsforschungsmethode wurde dabei angewendet?*
- *Wann und an wen wurde der Auftrag vergeben?*
- *Wurde dieser Auftrag ausgeschrieben?*
 - a) *Wenn nein, warum nicht?*
 - b) *Wenn ja, erhielt der günstigste Anbieter den Auftrag?*
 - c) *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wie hoch waren die Kosten für die Erhebung?*
- *Wie lauteten die genauen Fragestellungen?*
- *Wurde die politische Präferenz der Befragten (Sonntagsfrage bzw. welche Partei sie wählen) abgefragt?*
 - a) *Wenn ja, mit welcher Begründung?*
- *Wurden die Ergebnisse der Befragung der Öffentlichkeit präsentiert?*
 - a) *Wenn ja, in welcher Form?*
 - b) *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wurden die detaillierten Ergebnisse auch allgemein (also nicht nur in Form von Pressekonferenzen bzw. Pressemitteilungen) allgemein zugänglich gemacht?*
 - a) *Wenn ja, in welcher Form?*
- *Wurden die Ergebnisse der Umfrage vollständig veröffentlicht?*
 - a) *Wenn ja, in welcher Form?*
- *Wurden die Ergebnisse auf Ihrer Homepage veröffentlicht?*
 - a) *Wenn ja, bitte den entsprechenden link angeben, um die Beantwortung der Anfrage so kurz wie notwendig halten zu können.*
- *Sofern die Ergebnisse nicht vollständig auf Ihrer Homepage veröffentlicht wurden, wie lauten die vollständigen Ergebnisse zu den jeweiligen Fragen?*
- *Sind Sie bereit, auch die Tabellenbände der Umfrage öffentlich zugänglich zu machen? Wenn nein, warum nicht?*

Im Betrachtungszeitraum wurden keine relevanten Aufträge im Sinne der Anfrage vergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

BEILAGEN

Frage 1: Wie stark interessieren Sie sich für Vorgänge und Ereignisse in der EU und in der europäischen Politik?

Frage 2. Im Folgenden finden Sie eine Liste von Vorgängen und Themen in der EU. Geben Sie bitte zu jedem Punkt an, wie stark Sie an diesem Bereich interessiert sind:

- Die Europäische Verfassung
- Kriminalitätsbekämpfung
- Verteilung von EU-Förderungsmitteln
- Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf Sicherheit und Neuschaffung von Arbeitsplätzen
- Energiepolitik, Förderung von erneuerbaren Energieträgern
- Asyl- und Einwanderungspolitik
- Verkehrs- und Transitfragen
- Probleme der Landwirtschaft
- Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- Bildungs- und Studienmöglichkeiten in anderen EU-Mitgliedsländern
- Möglichkeiten und Vorschriften für Arbeit und Berufstätigkeit in anderen EU-Mitgliedsländern
- Vorteile und Nachteile der EU-Mitgliedschaft für Österreich
- Erstellung des EU-Budgets
- Beitrittsverhandlungen mit der Türkei
- Aufgaben und Funktionsweisen der EU-Institutionen
- Sozialstandards in der EU
- Grenzsicherung, Schengen-Abkommen
- Fragen des Konsumentenschutzes
- Beziehungen der EU-Mitgliedsländer untereinander

Frage 3: Sind Sie mit der Arbeit und Weise wie die EU funktioniert und der Politik der EU im großen und ganzen...?

Sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden, sehr unzufrieden, keine Angabe

Frage 4: Geben Sie bitte zu jedem der folgenden Punkte an, ob die EU diesbezüglich eher eine positive Rolle oder eher eine negative Rolle spielt:

- Friede und Sicherheit in Europa
- Stellung und Chancen österr. Unternehmen in anderen EU-Ländern
- Stellung und Möglichkeiten kleiner Länder in der EU
- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Österreich
- Stellung und Chancen österr. Unternehmen auf dem Weltmarkt
- Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen und Ländern in der EU
- Schaffung eines europäischen Bewusstseins
- Konsumentenschutz

Frage 5: Glauben Sie, dass sich die EU alles in allem...

... in die richtige Richtung entwickelt, den richtigen Weg einschlägt

... in die falsche Richtung entwickelt, den falschen Weg einschlägt

... weiß nicht/keine Angabe

Frage 6: Warum entwickelt sich die EU in die richtige Richtung?

Sicherung sozialer/militärischer Frieden	Entwicklung eines gemeinsamen Europas, gemeinsame Identität, Repräsentanz nach aussen, gemeinsam stark	Abbau von Nationalismen	Seriöse Erweiterungspolitik, langsames Einführen in den Staatenbund	Erhaltung der Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten	Wirtschaftl., Vorteile, Wirtschaftswachstum, freier Warenverkehr, Abbau von Schranken	Gemeinsame Währung
Lösungsorientiertes Arbeiten bei Konflikten	Gleiche Rechte, gleiche Pflichten für alle Mitgliedsländer	Erhaltung u. Verbesserung sozialer Standards	Langsame, aber stetige Weiterentwicklung und Wachstum	Schaffung v. Arbeitsplätzen, Stabilisierung der Arbeitsmarktsituation	Europäische Antwort auf Globalisierung, Gegenpol zur USA	Allgem. zufrieden, geschieht nur positives
Andere Eigenschaften	Negative Eigenschaften	Gemeinsame Verfassung	Kulturelle Erweiterung	Zusammenarbeit mehrerer Länder	Weiß nicht/keine Angabe	

Frage 7: Warum entwickelt sich die EU in die falsche Richtung?

Scheitern der Verfassung, Scheitern an der Größe	Wirtschaftl. Aspekt zu sehr im Vordergrund	Persönlicher/menschlicher Aspekt zu sehr im Hintergrund	Zentralismus in Brüssel, Verwaltungsapparat unübersichtlich, Bürokratie	Nationale/lokale Interessen wenig berücksichtigt	Finanzielles „Aufpäppeln“ wirtschaftl. schwacher Staaten, falsche Verteilung v. Fördergeldern	Kleinunternehmer chancenlos gg. Grosskonzernen
Keine Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten	Verlust von Arbeitsplätzen, Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation	EU-Gesetze nicht ländertauglich	Unvereinbarkeit von Kulturen, Religion und Mentalität (Bsp: Türkei gehört nicht zu Europa)	EU-Erweiterung zu schnell und unüberlegt	Kostenexplosion	Schlechte Sozialpolitik
EU als Machtinstrument in der Politik	Andere Eigenschaften	Generell negativ	Andere Angaben	Keine Angabe/weiß nicht		

Frage 8: Österreich hat derzeit die Ratspräsidentschaft der EU inne. Geben Sie bitte zu jedem der folgenden Vorhaben an, ob sich Österreich dafür einsetzen oder nicht einsetzen sollte:

- Durchforstung und Verringerung der EU-Gesetze und Regelungen
- Europaweite Volksabstimmung über die EU-Verfassung
- Förderung von erneuerbaren Energieträgern wie Biomasse etc.
- Verstärkte Zusammenarbeit der Polizeikräfte in Europa zum Schutz der Außengrenzen und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität
- Einführung eines einheitlichen Asylverfahrens in der EU

Frage 9: Die EU führt derzeit Gespräche mit den Ländern des Westbalkans wie Serbien und Albanien. Würde ein Beitritt dieser Länder zur EU in 5-10 Jahren für Österreich...?

Eher positive Auswirkungen haben, eher negative Auswirkungen haben, so gut wie keine Auswirkungen haben, keine Angabe

Frage 10: War der Beitritt Österreichs zur EU alles in allem...?

Eine richtige Entscheidung, eine falsche Entscheidung, keine Angabe

Frage 11: Österreich hat von Jänner bis Juni dieses Jahres die EU-Präsidentschaft inne. Sind Sie mit der österreichischen Präsidentschaft bisher...?

Sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden, sehr unzufrieden, keine Angabe

Frage 12: Geben Sie bitte zu jeder der folgenden Parteien an, wie gut diese Partei die Interessen Österreichs in der EU vertritt:

- ÖVP
- SPÖ
- FPÖ (Strache)
- Grüne

Frage 13: Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächste n Sonntag Nationalratswahlen wären?

- ÖVP
- SPÖ
- FPÖ
- BZÖ
- Grüne
- Andere
- Ungültig/nicht wählen
- Unentschlossen
- Keine Angabe

Frage 14: Sie haben gesagt, dass Sie noch unentschlossen sind, welche Partei Sie wählen würden. Aber welche Partei käme für Sie am ehesten in Frage?

- ÖVP
- SPÖ
- FPÖ
- BZÖ
- Grüne
- Andere

- Ungültig/nicht wählen
- Unentschlossen
- Keine Angabe

Frage 15: Können Sie mir bitte noch sagen, welche Partei Sie bei den Nationalratswahlen am 24. November 2002 gewählt haben?

- ÖVP
- SPÖ
- FPÖ
- Grüne
- Andere
- Ungültig/nicht wählen
- Unentschlossen
- Keine Angabe



FESSEL-GfK
Institut für Marktforschung Ges.m.b.H.

A-1030 Wien, Ungargasse 37
Telefon 0043/1/717 10, Telefax 0043/1/717 10/194
<http://www.gfk.at>

999 Fragen zur EU

Textkommentar

Abteilung: PUBLIC
Studie: 2006/245.224

Im Auftrag von: **Bundeskanzleramt**

**Die in diesem Bericht enthaltenen Resultate sind Eigentum
des Auftraggebers und nur diesem zugänglich.**

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.



Textkommentar



1. VORBEMERKUNG

Die vorliegende Befragung wurde von FESSEL-GfK AUSTRIA im März 2006 bei einem bevölkerungsnahen Internet-Sample von n = 1.000 Personen österreichweit ab 15 Jahren durchgeführt. In diesem Sample sind einzelne Gruppen (Arbeiter, Teile der Über-60-Jährigen) etwas unterschiedlich vertreten. Die Internetpopulation gilt zudem als generell informationsaktiver als die Durchschnittsbevölkerung.



2. INTERESSE AN EU-FRAGEN

Generell bekunden **18% sehr starkes und 39% starkes Interesse an Vorgängen und Ereignissen in der EU** und an der europäischen Politik; 36% zeigen sich etwas und 6% kaum (5%) oder überhaupt nicht (1%) interessiert. Da es sich bei Internet-Usern um ein überdurchschnittlich aktives und informationsbegieriges Segment der Bevölkerung handelt, ist das Interesse höher als im österreichischen Durchschnitt, was sich in einem deutlich höheren Anteil an (sehr) stark Interessierten und einem geringen Anteil an kaum oder nicht Interessierten niederschlägt (siehe Anhang). Dessen ungeachtet ist davon auszugehen, dass sich das EU-bezogene Interesse seit der Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Österreich und die starke mediale Präsenz im 1. Quartal 2006 erhöht hat.

Das Interesse steigt mit zunehmendem Bildungsgrad und (mit Ausnahme der Unter-30-Jährigen) zunehmendem Alter an, Männer bekunden mehr Interesse als Frauen, desgleichen Personen aus dem großstädtischen Bereich.

Unterschiede zeigen sich auch nach der Einstellung zur EU:

- deklarierte EU-Gegner (Beitritt war falsch) sind weniger interessiert als Befürworter (Beitritt war richtig);
- Personen, die mit der Funktionsweise und Politik der EU sehr unzufrieden sind, zeigen sich deutlich überdurchschnittlich interessiert, gefolgt von den EU-Zufriedenen. Mäßig Unzufriedene sind weniger interessiert.



Themenspezifisch gesehen besteht das **stärkste** Interesse an **Vorteilen/Nachteilen der EU-Mitgliedschaft, Kriminalitätsbekämpfung, Asyl- und Einwanderungspolitik sowie Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen**. Relativ hoch ist das Interesse auch für **Verkehrs- und Transitfragen, Verteilung der Förderungsmittel der EU, Energiepolitik, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Fragen des Konsumentenschutzes**; etwas geringer ist das Interesse hinsichtlich der EU-Außen- und Sicherheitspolitik und Grenzsicherung und Schengen-Abkommen sowie bei **jungen Menschen** und der **oberen Bildungsschichte an den Bildungs- und Studienmöglichkeiten in anderen EU-Mitgliedsländern**. Auf eher mäßiges Interesse stoßen Sozialstandards, Beziehungen der EU-Mitgliedsländer untereinander, Erstellung des EU-Budgets sowie Möglichkeiten und Vorschriften für Arbeit und Berufstätigkeit in anderen EU-Mitgliedsländern – letzteres ebenso wie die Landwirtschaft ein Thema für Spezialgruppen. Das geringste Interesse wird der europäischen Verfassung und den Aufgaben und der Funktionsweise von EU-Institutionen entgegengebracht.

Personen, die generell desinteressiert sind, zeigen am ehesten noch Interesse für Asyl- und Einwanderungspolitik, Grenzsicherung und Schengen-Abkommen, Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft für Österreich und Kriminalitätsbekämpfung.

Recht differenziert stellen sich die Interessen nach der Einstellung zur EU dar:

- EU-Befürworter zeigen überdurchschnittliches Interesse an den Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Arbeitsplätze, Energiepolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Grenzsicherung, Sozialstandards, Beziehungen der EU-Mitgliedsländer untereinander, EU-Verfassung und Institutionelles, sowie Arbeits- und Studienmöglichkeiten in der EU;
- EU-Gegner (generell etwas weniger interessiert) betonen hingegen Vor- und Nachteile der österreichischen Mitgliedschaft, Kriminalitätsbekämpfung, Asyl- und Einwanderungsfragen, Verkehr/Transit, EU-Beitritt der Türkei und Budgeterstellung und Landwirtschaft.



Wer mit dem Funktionieren und der Politik der EU zufrieden ist, nennt überdurchschnittlich die Vorteile/Nachteile der Mitgliedschaft für Österreich, Außen- und Sicherheitspolitik, Sozialstandards, Beziehungen der Mitgliedsländer untereinander sowie Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. **Eher Unzufriedene** – eine in ihrem Einstellungsbild nicht dezidiert festgelegte Gruppe – betonen neben der **Vorteils-Nachteilsbilanz**, Fragen der **Kriminalitätsbekämpfung, Asyl- und Einwanderungspolitik, Verkehr/Transit** und **Verteilung von Förderungsmitteln**.

Generell zeigt sich so eine **Interessenkonzentration** auf – **neben den Vor- und Nachteilen überhaupt – inhaltliche Schwerpunkte**, wenngleich je nach der Einstellung zur EU und ihrer Politik, mit unterschiedlichen Akzenten. **Institutionelle Fragen und die Verfassungsdebatte interessieren hingegen** – wenn überhaupt – **nur die ohnehin EU-positiv eingestellten** Gruppen.



Tabelle: Interesse an EU-Themen nach Themenbereichen

in %	stark interessiert	eher interessiert	wenig oder gar nicht interessiert
• Vorteile und Nachteile der EU-Mitgliedschaft für Österreich	58	36	7
• Kriminalitätsbekämpfung	54	40	6
• Asyl- und Einwanderungspolitik	54	37	9
• Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf Sicherheit und Neuschaffung von Arbeitsplätzen	50	42	9
• Verkehrs- und Transitfragen	47	43	10
• Verteilung von EU-Förderungsmitteln	46	42	11
• Energiepolitik, Förderung von erneuerbaren Energieträgern	45	43	11
• Beitrittsverhandlungen mit der Türkei	49	32	19
• Fragen des Konsumentenschutzes	42	45	14
• Außen- und Sicherheitspolitik der EU	38	45	17
• Grenzsicherung, Schengen-Abkommen	35	44	21
• Sozialstandards in der EU	30	49	21
• Beziehungen der EU-Mitgliedsländer untereinander	28	52	20
• Erstellung des EU-Budgets	26	48	26
• Möglichkeiten und Vorschriften für Arbeit und Berufstätigkeit in anderen EU-Mitgliedsländern	26	44	30
• Bildungs- und Studienmöglichkeiten in anderen EU-Mitgliedsländern	25	38	37
• Probleme der Landwirtschaft	23	45	32
• Die Europäische Verfassung	20	50	30
• Aufgaben und Funktionsweise der EU-Institutionen	14	50	36



Tabelle: Thematisches Interesse nach Einstellung zur EU

starkes Interesse in %	EU-Zufriedenheit			EU-Beitritt		EU-Interesse		
	zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	richtig	falsch	stark	etwas	kaum
• Vorteile und Nachteile der EU-Mitgliedschaft für Österreich	61	56	79	54	64	73	41	21
• Kriminalitätsbekämpfung	48	55	69	51	60	67	41	20
• Asyl- und Einwanderungspolitik	42	58	71	48	65	65	41	27
• Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf Sicherheit und Neuschaffung von Arbeitsplätzen	50	47	58	53	45	66	32	14
• Verkehrs- und Transitfragen	39	47	67	44	52	61	30	17
• Verteilung von EU-Förderungsmitteln	39	47	64	45	49	60	30	16
• Energiepolitik, Förderung von erneuerbaren Energieträgern	43	43	41	50	36	55	35	15
• Beitrittsverhandlungen mit der Türkei	45	47	68	47	53	59	40	10
• Fragen des Konsumentenschutzes	40	40	48	41	42	53	28	17
• Außen- und Sicherheitspolitik der EU	43	36	31	43	29	56	17	7
• Grenzsicherung, Schengen-Abkommen	33	35	40	37	30	48	17	23
• Sozialstandards in der EU	34	25	36	35	22	43	15	4
• Beziehungen der EU-Mitgliedsländer untereinander	33	28	18	32	22	40	13	12
• Erstellung des EU-Budgets	21	27	33	23	30	36	12	12
• Möglichkeiten und Vorschriften für Arbeit und Berufstätigkeit in anderen EU-Mitgliedsländern	33	20	24	30	18	35	14	10
• Bildungs- und Studienmöglichkeiten in anderen EU-Mitgliedsländern	35	20	13	30	15	33	16	3
• Probleme der Landwirtschaft	26	23	35	19	29	30	13	11
• Die Europäische Verfassung	25	17	19	23	16	33	4	-
• Aufgaben und Funktionsweise der EU-Institutionen	17	12	12	16	11	21	6	0



3. GENERELLE EINSTELLUNG ZUR EU

Mit der Art und Weise wie die EU funktioniert und der Politik der EU im großen und ganzen zeigen sich

- 2% sehr zufrieden
- 37% eher zufrieden
- 47% eher unzufrieden
- 15% sehr unzufrieden.

Zufriedenheit äußern speziell die höheren Bildungs- und Sozialschichten (58% Akademiker), junge Menschen (52% der Unter-30-Jährigen und 66% der in Ausbildung Befindlichen) sowie GRÜN (54%) - und ÖVP (50%) – Präferenten. Starke Unzufriedenheit kommt von Arbeitern, Arbeitslosen und (speziell weiblichen) Pensionisten, politisch von FPÖ-Anhängern (48%); für die SPÖ-Wähler ist eher eine mäßige Unzufriedenheit (58%) charakteristisch.

Den österreichischen EU-Beitritt qualifizieren

- 64% als richtige Entscheidung
- 36% als falsche Entscheidung.

Positiv wiederum besser Gebildete und die höheren Einkommensgruppen sowie Junge, Männer eher als Frauen. Politisch gesehen ÖVP (76%) – und GRÜN (72%) – Wähler. Circa zwei Drittel der SPÖ- und BZÖ-Wähler halten den Beitritt nachträglich für richtig, zwei Drittel der FPÖ-Wähler für falsch.

Zufriedenheit und grundsätzliche Einstellung zur EU-Mitgliedschaft hängen stark zusammen, in den Extremgruppen der sehr Zufriedenen halten 96% den Beitritt für richtig, bei den sehr Unzufriedenen 89% für falsch. In der Mittelgruppe der eher Unzufriedenen ist eine Mehrheit von 55% (zu 45%) für den Beitritt.

Insgesamt fällt das Meinungsbild positiver aus als im Herbst, nicht nur ein Effekt der informationsaktiven Internet-User.



4. ROLLE DER EU

Sehr unterschiedlich fällt die Einschätzung der EU in verschiedenen Bereichen aus. Eine **positive Rolle** bescheinigt man ihr im Hinblick auf **Friede und Sicherheit in Europa** (83% positiv, 17% negativ), der **Stellung österreichischer Unternehmen in anderen EU-Ländern** (74% positiv, 26% negativ) **bzw. auf dem Weltmarkt** (67% positiv, 33% negativ). **Eher negativ** sieht man die Rolle der EU beim **Konsumentenschutz** (47% positiv, 53% negativ), bei der **Schaffung eines europäischen Bewusstseins** (42% positiv, 58% negativ). **Am kritischsten** sind die Stellungnahmen im Hinblick auf **Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen und Ländern in der EU** (39% positiv, 61% negativ), der **Stellung Möglichkeiten kleiner Länder in der EU** (37% positiv, 63% negativ) und **vor allem der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Österreich** (27% positiv, 73% negativ).

Friede und Sicherheit sowie Stellung und Chancen österreichischer Unternehmen in Europa und auf dem Weltmarkt werden auch von wenig Informierten, EU-Unzufriedenen und EU-Gegner mehrheitlich positiv gesehen bzw. es existiert ein gespaltenes Meinungsbild, beim Konsumentenschutz zeigt sich bei mäßig Unzufriedenen und mäßig Interessierten ein gespaltenes Meinungsbild. In den Fragen Schaffung eines europäischen Bewusstseins und Stellung und Möglichkeiten kleiner Länder in der EU sind kaum Unterschiede nach dem Informationsniveau feststellbar.



Tabelle: Rolle der EU

PPD (Prozentpunktdifferenz positive (+) versus negative (-) Rolle)	Österreich	EU-Zufriedenheit			EU-Beitritt		EU-Interesse		
		zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	richtig	falsch	stark	etwas	kaum
• Friede und Sicherheit in Europa	+67	+88	+62	+22	+82	+38	+74	+58	+40
• Stellung und Chancen österreichischer Unternehmen in anderen EU-Ländern	+48	+76	+38	+4	+78	+12	+66	+38	+18
• Stellung und Chance österreichischer Unternehmen auf dem Weltmarkt	+34	+66	+20	-4	+54	-2	+32	+40	+24
• Konsumentenschutz	-6	+12	-6	-50	+4	-24	-2	-6	-34
• Schaffung eines europäischen Bewusstseins	-16	+24	-28	-72	+2	-44	-14	-18	-10
• Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen und Ländern in der EU	-22	+8	-30	-76	-2	-58	-22	-20	-44
• Stellung und Möglichkeiten kleiner Länder in der EU	-26	+28	-56	-76	-4	-66	-28	-24	-28
• Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Österreich	-46	-6	-66	-84	-26	-82	-36	-58	-72



5. DER WEG DER EU

Nur ein Viertel (24%) meint, dass die EU sich alles in allem in die richtige Richtung entwickelt, den **richtigen Weg** einschlägt. **41%** befürchten eine Entwicklung in die falsche Richtung, einen **falschen Weg**; 35% äußern sich dazu nicht. Ein gehöriges Maß an Unsicherheit findet sich auch bei EU-Befürwortern (31%) und EU-Zufriedenen (36%) – bei der letztgenannten Gruppe sieht nur ein starkes Drittel die EU auf dem richtigen Weg. Auch in den Parteiwählerschaften findet sich nirgends eine starke Mehrheit für den richtigen Weg, am ehesten noch bei den GRÜNEN (44% richtig, 30% falsch, 26% weiß nicht) ÖVP-Wähler teilen sich in etwa gleich auf alle Antwortvarianten auf, bei der SPÖ verweisen je vier von zehn auf falsch bzw. weiß nicht, bei der FPÖ 87% für falsch.

Wer die EU auf dem richtigen Weg sieht, begründet dies spontan vor allem mit **Entwicklung eines gemeinsamen Europas, wirtschaftlichen Argumenten, Friedenssicherung, europäische Antwort auf Globalisierung und Gegenpol zur USA** bzw. zeigt sich **insgesamt zufrieden**. Durchschnittlich werden ca. einen halb Pro-Argumente je Befragten angeführt.

Wer die EU auf dem falschen Weg sieht, begründet dies spontan vor allem mit einer zu **schnellen und unüberlegten Erweiterung, Unvereinbarkeiten** von Kulturen, Mentalitäten und Religionen – speziell in Hinblick auf die **Türkei**, zu viel **Zentralisierung/Bürokratie/Vernachlässigung regionaler/lokaler Interessen, Ungleichgewicht zwischen großen und kleinen Mitgliedsländern, zu viel Betonung auf Wirtschaft und zu wenig auf menschliche Aspekte, und zu wenig Eigenständigkeit der Mitgliedsländer**. „Eher Unzufriedene“, die die EU auf dem falschen Weg sehen, nennen überdurchschnittlich die EU-Erweiterung und das Machtungleichgewicht zwischen Großen und Kleinen. Im Schnitt werden etwa mehr Negative genannt.



Tabelle: Warum entwickelt sich die EU in die richtige Richtung?

Vercodung spontaner, ungestützter Antworten in %: Basis „richtiger Weg“	alle Befragten „richtiger Weg“	EU-Zufriedene	EU-eher Unzufriedene
• Entwicklung gemeinsames Europa/Identität/Vertretung nach außen, gemeinsam stark	34	32	43
• wirtschaftliche Vorteile, Wirtschaftswachstum, freier Warenverkehr, Abbau von Schranken	20	19	18
• generelle Zufriedenheit	19	20	13
• Friedenssicherung	14	16	3
• europäische Antwort auf Globalisierung, Gegenpol zur USA	13	13	14
• seriöse Erweiterungspolitik, langsames Einführen in den Staatenbund	6		
• Abbau von Nationalismen	6		
• Zusammenarbeit mehrerer Länder	6		
• langsame aber stetige Weiterentwicklung und Wachstum	5		
• Erhaltung und Verbesserung sozialer Standards	5		
• gemeinsame Währung	4		
• lösungsorientiertes Arbeiten bei Konflikten	4		
• gleiche Rechte, gleiche Pflichten für Mitglieder	4		
• Schaffung/Erhaltung von Arbeitsplätzen	2		
• Europäische Verfassung	2		
• Erhaltung der Eigenständigkeit der Mitgliedsstaaten	1		
• kulturelle Erweiterung	1		
• andere Antworten	6		
• negative Äußerungen	2		
• Summe der Antworten	156	156	153
• weiß nicht/keine Angabe	3	3	4



Tabelle: Warum entwickelt sich die EU in die falsche Richtung?

Vercodung spontaner, ungestützter Antworten in %: Basis „falscher Weg“	alle Befragten „falscher Weg“	EU-Zufriedene	EU-eher Unzufriedene
• EU-Erweiterung zu schnell und zu unüberlegt	23	28	13
• Unvereinbarkeit von Kulturen, Religionen, Mentalitäten (z.B. Türkei)	19	19	18
• Zentralismus, unübersichtlicher Verwaltungsapparat, Bürokratie	15	13	19
• nationale/lokale Interessen zu wenig berücksichtigt	6	7	6
• EU-Gesetze nicht ländertauglich	3	2	4
	} 24	} 22	} 29
• ungleiches Stimmrecht zwischen großen und kleineren Mitgliedsländern	17	22	10
• wirtschaftliche Aspekte zu sehr im Vordergrund	12	9	17
• keine Eigenständigkeit der Mitgliedsstaaten	11	6	20
• persönliche/menschliche Aspekte zu sehr im Hintergrund	9	7	13
• Kostenexplosion	7		
• finanzielles „Aufpäppeln“ wirtschaftlich schwacher Staaten, falsche Verteilung von Fördermitteln	7		
• Verlust von Arbeitsplätzen, Verschlechterung am Arbeitsmarkt	6		
• Scheitern der Verfassung, Scheitern an der Größe	5		
• generell negativ	4		
• schlechte Sozialpolitik	4		
• Gegeneinander, kein Miteinander	3		
• Kleinunternehmen chancenlos gegen Großkonzerne	2		
• EU als Machtinstrument der Politik	1		
• andere Angaben	1		
• Summe der Antworten	165	158	180
• weiß nicht/keine Angabe	1	0	4



6. VORHABEN UND WESTBALKAN

Im Zuge der österreichischen Ratspräsidentschaft **sollte sich Österreich**

in %	einsetzen	nicht einsetzen
<ul style="list-style-type: none"> • verstärkte Zusammenarbeit der Polizeikräfte in Europa zum Schutz der Außengrenzen und Bekämpfung der organisierten Kriminalität 	93	7
<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von erneuerbaren Energieträgern wie Biomasse etc. 	89	11
<ul style="list-style-type: none"> • Durchforstung und Verringerung der EU-Gesetze und Regelungen 	86	14
<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines einheitlichen Asylverfahrens in der EU 	78	22
<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Volksabstimmung über die EU-Verfassung 	68	32

Ein **Beitritt der Länder des Westbalkans** wie Serbien und Albanien **zur EU** in 5-10 Jahren würde nach Ansicht der Befragten **für Österreich**

- **63% eher negative Auswirkungen haben**
- 19% eher positive Auswirkungen haben
- 18% so gut wie keine Auswirkungen haben.



7. ÖSTERREICHISCHE EU-PRÄSIDENTSCHAFT UND EU-POLITIK DER PARTEIEN

Mit der **bisherigen österreichischen EU-Ratspräsidentschaft** zeigen sich

- 8% sehr zufrieden
 - 54% eher zufrieden
- } **62% zufrieden**
- 31% eher unzufrieden
 - 8% sehr unzufrieden
- } 39% unzufrieden

ÖVP-, BZÖ- und GRÜN-Wähler sind mehrheitlich zufrieden, SPÖ-Anhänger zu gleichen Teilen zufrieden und unzufrieden, FPÖ-Wähler zu drei Viertel unzufrieden. Je stärker die Zufriedenheit mit der EU und je größer das Interesse ist, umso zufriedener ist man mit der österreichischen Ratspräsidentschaft, doch auch mehr als die Hälfte der eher EU-Unzufriedenen und vier von zehn EU-Gegnern bekunden Zufriedenheit.



Tabelle: Zufriedenheit mit EU-Ratspräsidentschaft Österreichs

in %	zufrieden	unzufrieden	PPD
Österreich	62	39	+23
PP ÖVP	91	10	+81
BZÖ	75	25	+50
GRÜN	65	36	+29
SPÖ	50	50	±0
Nichtdeklarierte	49	51	-2
FPÖ	26	74	-48
EU-Zufriedenheit: zufrieden	82	18	+64
eher unzufrieden	56	34	+22
sehr unzufrieden	27	73	-46
EU-Beitritt: richtig	73	27	+46
falsch	42	56	-14



Eine sehr gute oder eher gute Vertretung der österreichischen Interessen in der EU bescheinigen

- **der ÖVP:** 62% (sehr/eher schlecht: 38%)
- **der SPÖ:** 56% (schlecht: 44%)
- **den GRÜNEN:** 44% (schlecht: 56%)
- **der FPÖ/Strache:** 17% (schlecht: 83%).

Unter den jeweiligen Parteianhängern findet sich ein positives Urteil für die eigene Partei am stärksten bei ÖVP (93%) und GRÜNEN (85%), weniger bei SPÖ (78%) und FPÖ (67%). Die ÖVP rangiert bei allen Zufriedenheitstypen vor der SPÖ (am vergleichsweise geringsten bei den EU-sehr Unzufriedenen und EU-Beitrittsgegnern). Der FPÖ wird von ca. einem Drittel der Sehr Unzufriedenen und der Beitrittsgegnern eine gute Interessensvertretung bescheinigt.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Internet-Stichprobe etwas von der Gesamtbevölkerung abweicht (leichte Unterrepräsentation von SPÖ-Wähler und etwas zu viele GRÜN-Wähler), die Unterschiede nach Subgruppen sind dennoch sprechend.



Tabelle: Vertretung österreichischer Interessen in der EU durch Parteien

ÖVP (in %)	alle		ÖVP	SPÖ	GRÜN	FPÖ	EU-Zufriedene	EU-eher Unzufriedene	EU-sehr Unzufriedene	EU-Beitritt	
										richtig	falsch
sehr gut	18	62	93	46	69	32	79	58	34	63	43
eher gut	44										
eher schlecht	28	38	6	55	31	68	21	43	66	37	56
sehr schlecht	10										
	100%										
SPÖ (in %)											
sehr gut	8	56	41	78	76	17	69	54	29	65	40
eher gut	48										
eher schlecht	35	44	59	21	25	83	31	46	72	35	60
sehr schlecht	9										
	100%										



Fortsetzung Tabelle: Vertretung österreichischer Interessen in der EU durch Parteien

FPÖ/Strache (in %)											
sehr gut	3	17	23	11	4	67	11	16	35	10	29
eher gut	14										
eher schlecht	31	83	77	89	93	35	88	84	66	90	70
sehr schlecht	52										
	100%										
GRÜNE (in %)											
sehr gut	6	44	38	50	58	15	60	38	21	54	26
eher gut	38										
eher schlecht	38	56	63	50	15	85	39	63	89	47	73
sehr schlecht	18										
	100%										



8. TABELLENANHANG

Quelle: FESSEL-GfK AUSTRIA, Einstellung der Österreicher zur EU (2005), n=1.000 face-to-face

FESSEL-GfK AUSTRIA, 999 Fragen zur EU/EU-Themen (2006), n=1.000 online

FESSEL-GfK AUSTRIA, FPÖ-Volksbegehren (2005), n=2.000 Telefon

Tabelle: EU-Interesse

in % interessieren sich für Vorgänge und Ereignisse in der EU und in der europäischen Politik	2005/10 face-to-face	2003/03 online
• sehr stark	6	18
• stark	17	39
• etwas	42	36
• kaum	22	6
• überhaupt nicht	13	1



Tabelle: EU-Zufriedenheit

in % sind mit der Art und Weise wie die EU funktioniert und mit der Politik der EU im großen und ganzen	2005/10 face-to-face	2003/03 online
• sehr zufrieden	2	2
• eher zufrieden	29	37
• eher unzufrieden	48	47
• sehr unzufrieden	11	15

Tabelle: EU-Beitritt Österreichs

in % meinen, dass der österreichische EU-Beitritt 1995 war	2005/10 face-to-face	2006/2,3 Telefon	2006/03 online
• eine richtige Entscheidung	44	54	64
• eine falsche Entscheidung	37	44	36
• keine Angabe	18	2	-